

V-08-152 Leistung anerkennen, Gerechtigkeit schaffen: bessere Bedingungen für Alleinerziehende

Antragsteller*in: GRÜNE ALTE LANDESVEREINIGUNG NRW

Beschlussdatum: 02.06.2026

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 151 bis 152 einfügen:

Bereichen unseres politischen Handelns mitdenken, um strukturelle Benachteiligung einzudämmen.

Sofortgerechtigkeit – nicht nur Versprechen für morgen

Alle Forderungen dieses Antrags greifen für die Zukunft. Doch heute sind 1,7 Millionen Alleinerziehende betroffen – sie können nicht auf Legislaturperioden warten. Und die Frauen, die ihre Kinder bereits allein großgezogen haben, werden von keiner Reform mehr erreicht. Für sie ist Gerechtigkeit nur noch durch Sofortmaßnahmen möglich.

Wir fordern deshalb zusätzlich:

- Ein Sofortprogramm für akut von Armut betroffene Alleinerziehende: unbürokratische Überbrückungsleistungen, die unabhängig von laufenden Reformprozessen unmittelbar wirken; ohne Antragsmarathon, ohne Scham.
- Die sofortige Entkopplung des Kindergeldes vom Unterhaltsvorschuss; diese Ungerechtigkeit braucht keine Reform, sie braucht einen Beschluss.
- Für ältere Frauen, die als Alleinerziehende Kinder großgezogen haben und heute Grundsicherung beziehen oder knapp darüber liegen: eine einkommensunabhängige Aufstockung der Rentenansprüche analog zur Grundrente, ohne bürokratische Bedürftigkeitsprüfung.
- Die Beendigung der Stigmatisierung im Leistungsbezug: Jobcenter, Sozialämter und Jugendämter werden zu verpflichtenden Schulungen zu Lebensrealitäten Alleinerziehender verpflichtet. Alleinerziehende erhalten ein Beschwerderecht bei diskriminierender Behandlung mit verbindlicher Rückmeldepflicht der Behörde. Kontrolle statt Respekt, das muss aufhören.

Reform ist Versprechen. Sofortmaßnahmen sind Verantwortung.